Anlage

zur Satzung für den Rheinisch Bergischen Kreis zur Festsetzung von Gebührentarifen für vom Land übertragene Pflichtaufgaben

Gebührentarif

Tarif Nr.	Gegenstand	Gebühr in Euro
I	Entscheidung über die Erlaubnis der Gewässerbenutzung (§ 8 WHG)	
	Für folgende Amtshandlungen wird abweichend von der Tarifstelle 4.3.1.1 der Allgemeinen Verwaltungsgebührenordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (AVwGebO) die Mindestgebühr wie folgt festgesetzt:	
I.1	Erlaubnis zur Grundwasserentnahme (dauerhaft)	630,00
I.2	Erlaubnis zur Grundwasserentnahme (zeitlich befristet)	300,00
I.3	Erlaubnis zum Betrieb von Teichanlagen, die aus einem Gewässer gespeist werden	
	I.3.1 Private Nutzung	900,00
	I.3.2 Nebenerwerbliche Nutzung	1.500,00
	I.3.3 Gewerbliche Nutzung	2.380,00
I.4	Erlaubnis für kommunale und gewerbliche Niederschlagswassereinleitungen	1.830,00
I.5	Erlaubnis für private Niederschlagswassereinleitungen	260,00
I.6	Erlaubnis für Niederschlagswassereinleitungen aus landwirtschaftlichen Betrieben	630,00
I.7	Erlaubnis zum Betrieb von Kleinkläranlagen (KKA)	435,00
I.8	Erlaubnis für Wärmepumpen	200,00
II	Entscheidung über die Genehmigung der Errichtung oder wesentlichen Veränderung oder Beseitigung von Anlagen in oder an Gewässern (§ 22 LWG)	
	Abweichend von der Tarifstelle 4.3.2.7 der AVwGebO NRW wird die Mindestgebühr wie folgt festgesetzt	460,00
III	Entscheidung über die Genehmigung der Indirekteinleitung von Abwasser in öffentliche Abwasseranlagen (§ 58 Abs. 1 LWG NRW)	
	Abweichend von der Tarifstelle 4.3.2.31 der AVwGebO NRW wird die Mindestgebühr wie folgt festgesetzt	260,00
IV	Entscheidung über die Änderung der Erlaubnisse und Genehmigungen Tarif Nr. I- III	25 - 50 % der Hauptent- scheidung

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Kreisordnung für das Land Nordrhein- Westfalen beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt.
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß bekanntgemacht worden.
- c) der Landrat hat den Kreistagsbeschluss vorher beanstandet, oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber dem Rheinisch- Bergischen Kreis vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Bergisch Gladbach, den 02.04.2025

Santelmann

Landrat